

HERBERT MAYER

Parteisäuberungen in der bundesdeutschen KPD – Ein westeuropäisches Fallbeispiel

Herbert Mayer – Jg. 1948, Historiker, Dr. sc. phil., Studium in Leipzig, Forschungs-, Publikations- und Editionsarbeiten zur Zeitgeschichte, besonders zur Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, zum Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, zur Sozialistischen Arbeiterinternationale und Sozialistischen Internationale; jüngste Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD nach 1945 und der SED.

1 Komintern und Partei. Auswahl von Dokumenten und Materialien, Berlin 1986, S. 83. In den »Thesen über die Bolschewisierung« 1925 wurde gewarnt, die KPD »kann nicht in allem ebenso handeln wie die KPR (B), z. B. in der Frage der Parteisäuberung und der Aufnahmebedingungen in die Partei« (ebenda, S. 2239).

2 Vgl. dazu und den folgenden Angaben zu den Parteisäuberungen in der SED u. a.: T. Klein: Parteisäuberungen und Widerstand in der SED, in: T. Klein/W. Otto/P. Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt 1996, S. 15 ff.; W. Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: ebenda,

Zum Erbe, zur Vorgeschichte der PDS gehören sowohl die Geschichte der SED als auch – zumindest in Teilen – die der bundesdeutschen KPD. Parteisäuberungen entstammen ausschließlich dem kommunistischen Erbe der PDS-Vorgeschichte, waren für SED und KPD charakteristisch. Parteisäuberungen bzw. Parteidreinigungen sind von der kommunistischen Bewegung selbst geprägte Begriffe, praktisch durchgeführt wurden sie erstmals in der KPR (B) und in der Komintern. Wenn der Stalinismus historisch nicht unvermeidlich war, so gilt das auch für Parteisäuberungen. Selbst die Aufnahmebedingungen der Komintern boten noch Möglichkeiten für einen anderen Entwicklungsweg. Die entsprechenden Punkte bezogen sich auf die »gegenwärtige Epoche des verschärften Bürgerkrieges« und darauf, daß legale Parteien »von Zeit zu Zeit Säuberungen (Neuregistrierungen) des Bestandes ihrer Partei vornehmen (müssen), um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu reinigen.«¹ Parteisäuberungen schufen einerseits die Bedingungen für die Ausformung des kommunistischen Parteityps, andererseits bot dieser die Basis für regelmäßige Parteidreinigungen.

Im folgenden verstehe ich unter Parteisäuberungen in der KPD der BRD/Westzonen nicht auf einzelne Mitglieder der KPD beschränkte, sondern einen Komplex systematisch betriebener Disziplinierungsmaßnahmen wie: Parteistrafen, Funktionsenthebungen, Ausschlüsse, angeordnete Übersiedlungen in die DDR und staatliche Repressivmaßnahmen in der DDR. In der KPD waren die Parteisäuberungen geprägt durch die besonderen Existenzbedingungen dieser Partei: Sie wirkte als Oppositionspartei in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik und stand in enger Verbindung mit der SED, der machtausübenden Partei in der sowjetischen Besatzungszone/DDR. Entwicklungen in der SED schlugen zwangsläufig, wenn auch modifiziert, auf die KPD, die erst seit April 1948 einen eigenen Parteivorstand hatte, durch. Bis Januar 1949 verstand sie sich offiziell als Teil der SED, aber auch dann war ihre Eigenständigkeit eingeschränkt, die SED bestimmte weiter maßgeblich Politik und Kaderentscheidungen der KPD.

Zu den Säuberungen in der SED können nur einige Stichworte genannt werden. Vereinzelt Säuberungen 1946/47 folgte die erste größere Säuberungswelle 1948/49.² Unter der Flagge der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs bekämpfte sie vermeintliche Schumacherelemente, Troztkismus und Titoismus, Agenten

und Spione. Die seit Mai 1949 in Osteuropa inszenierten Schauprozesse gegen prominente Parteiführer und Staatsführer wie Kostoff und Rajk forcierten die Säuberungswelle in der SED, wobei Noel Field die zentrale Rolle einnahm. Ich erinnere an Paul Merker und damit verbundene Entwicklungen.³ In der Parteiüberprüfung von Januar bis 30.11.1951 verfügte die SED mehr als 150.000 Ausschlüsse und Streichungen. Nach ihren Beschlüssen zum Slansky-Prozeß wurde ein Schauprozeß vorbereitet. 1952/53 trat als neuer Aspekt der Säuberungsmanie der Antizionismus hinzu. Selbst nach Stalins Tod ging die Suche in der SED nach neuen Feinden weiter. Auch war bis 1954 eine rasante Kaderrotation durchgeführt. 1956 erfolgte nur halbherzig eine Verurteilung des Terrors gegen Parteimitglieder, die eigentlichen Ursachen und Mechanismen wurden nicht angesprochen, die Aufhebung der Strafen war keine echte Rehabilitierung.⁴

Die KPD bildete ein Scharnier zwischen osteuropäischen Parteien, die sich an der Macht befanden, und westlichen Parteien, die seit 1947 und dem Beginn des Kalten Kriegs durchweg in der Oppositionsrolle waren. Was durch die SED aus der Sowjetunion bzw. Osteuropa nach Deutschland importiert war, fand in der KPD seine westeuropäische Ausführung. Daß Parteisäuberungen in den kommunistischen Parteien auch nach Auflösung der Komintern weitergingen, zeigt ein nur flüchtiger Blick auf die Geschichte kommunistischer Parteien westlicher Länder: auf Frankreich, Griechenland, Japan, Norwegen oder Spanien.⁵ Als Vorwand für die Säuberungen diente zunächst die KP Jugoslawiens, aber in dieser gab es selbst über 60.000 Ausschlüsse und 30.000 Parteistrafen für Anhänger des Kominform und für Gegner Titos. In der FKP griff die Parteiführung gegen Tito-Sympathisanten schnell durch, 1950 wurde ein Großteil der Mitglieder und Kandidaten des ZK nicht wiedergewählt (vorwiegend bewährte Résistance-Kämpfer), die bekanntesten Beispiele für Funktionsenthebungen und Ausschlüsse sind die Politbüromitglieder André Marty und Charles Tillon. Die KP Österreichs stellte sich sofort hinter die Kominformbeschlüsse, ganze Organisationsteile wurden des Titoismus beschuldigt, Ausschlüsse betrafen z. B. besonders Kärnten, wo viele Slowenen Parteimitglied waren, die Steiermark und den kommunistischen Jugendverband, die FÖJ mit ihrem Vorsitzenden Otto Bricchacek und weiteren 37 Bundesvorstandsmitgliedern. In den Sog des Rajk-Prozesses geriet die illegale KP Spaniens, ZK-Mitglied Monzon wurde beschuldigt, Agent und Verbindungsmann zu Field gewesen zu sein, 1952 folgte der Ausschluß der Politbüro-Mitglieder Comorera und Antón, der bis 1948 Lebensgefährte von Dolores Ibarruri war. Die KP Japans spaltete sich nach Auseinandersetzungen über einen Kominform-Beschluß zu Japan 1950, das ZK wurde aufgelöst bzw. es wurden 7 Mitglieder ausgeschlossen.

Es zeigt sich: 1) Quelle und Ziel der Parteisäuberungen können nicht, wie oft erklärt, primär darin liegen, ihre Ursache vor allem darin zu haben, das stalinistische Herrschaftssystem nach innen absichern zu müssen. 2) Sie waren auch nicht primär ein Resultat des Kalten Kriegs, der aber Umfang und Art und Weise beeinflussen haben dürfte. 3) Vielmehr waren Säuberungen immanentes Struk-

S.152 ff.; H. Hurwitz: Die Stalinisierung der SED, Opladen 1997; A. Klein: Die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED in Sachsen-Anhalt 1951, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1993, S. 14 ff.

3 Vgl. dazu insbesondere die Arbeiten von Wolfgang Kießling, u. a.: W. Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994; Ders.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, in: hefte zur ddr-geschichte 25, Berlin 1995.

4 Die Kommission zur »Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern« gestand zwar gewisse Fehler zu, insgesamt wurden aber die Tatsachen beschönigt, da in der DDR kein Rajk-Prozeß stattgefunden habe. Auch wurde behauptet, es habe keine Auswüchse des Personenkults gegeben. – Vgl. hierzu: Zur Entlassung werden vorgeschlagen. Wirken und Arbeitsweise der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern, Berlin 1991; SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990. Siehe auch: W. Otto, a.a.O.

5 Die folgenden Darlegungen und Angaben stützen sich auf: Kommunisten verfolgen Kommunisten (Hrsg. von H. Weber/D. Staritz). Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 87 ff.; 454 f.; 488 f., 544 f.; »Ich habe den Tod verdient.«

(Hrsg. V. W. Maderthaler/
H. Schafranek/B. Unfried),
Wien 1991, S. 57 ff., 67 ff.,
160 ff.; 171 ff., 207 ff.;
Die Kommunistische Partei
Österreichs. Beiträge zu
ihrer Geschichte und Politik,
Wien 1987; P. Robrieux:
Histoire intérieure du Parti
communiste, Bd. 2, 1945-
1971, Paris 1981; Fifty
Years of the Japanese Com-
munist Party, Tokyo 1980,
S. 139 ff.; I. I. Kovalenko:
Kommunističeskaja parti-
ja Japonii, Moskau 1987,
S. 319 ff. In Norwegen wur-
de der frühere Parteiführer
Furobotn als Trotzkiist aus
seinen Funktionen gedrängt.
Die KP Griechenlands
schaltete 1948/49 kommuni-
stische Führer des Bürger-
krieges (Markos Vafiades,
J. Jannoulis, Nikos Ploumbi-
dis) aus.

tur- und Funktionselement marxistisch-leninistischer Parteien, resultierten aus dem kommunistischen Parteiverständnis und der Parteienpraxis, wurden (wo es die Möglichkeit gab) auf das Gesellschafts- und Staatssystem übertragen.

Ich kann hier nur einige Gemeinsamkeiten der Parteireinigungen nach 1945 erwähnen:

Zu diesen gehören der Inhalt der Anschuldigungen und ihre politisch-ideologische Motivierung (Trotzkismus, Titoismus usw.); die Disziplinierungsfunktion; die Funktion und das Ziel, die Macht und Kontrolle der Führung und des Apparats über die Partei zu sichern; die angewandten organisatorischen, disziplinarischen und politischen Mittel und Methoden; das aus Parteitreue resultierende Verhalten vieler Beschuldigten, ihr bis zur Selbstaufgabe reichendes Fehlerbekenntnis; die Reaktion (Distanzierung) gegenüber den Beschuldigten, die Hinnahme der Säuberungen durch die Mitgliedschaft, da sie als Abwehr von Angriffen, Verleumdungen und Feindarbeit verstanden wurden. Beschuldigte und Beschuldiger waren austauschbar, die Logik und Konsequenz der Säuberungen ließ einst Verantwortliche selbst in die Säuberungsmühlen geraten.

Die Säuberungen in den westlichen Parteien hatten zugleich gegenüber Osteuropa ihre Spezifika: Ein gravierendes Element – die Unterstützung und Vollstreckung der Parteireinigung durch staatliche, durch juristische oder Sicherheitsorgane, die Schulterpresung, Verurteilung und Haft durch staatliche Repressivmaßnahmen – entfiel. Die Säuberungsmaßnahmen reduzierten sich auf innerparteiliche Mittel. Die physische Vernichtung war nicht möglich, der politisch-moralische Druck, die politisch-moralische Diskreditierung der Beschuldigten blieb. Inhaltlich bestand keine völlige Identität, die Vorwürfe mußten entsprechend der jeweiligen Parteigeschichte und Situation modifiziert werden. Säuberungen konnten sich nicht gegen Westemigranten richten, ausgeschaltet wurden meist die Kader der antifaschistischen Widerstandsbewegung zugunsten der Emigration in der Sowjetunion. In den westlichen kommunistischen Parteien (Ausnahme Österreich) hatten sowjetische Organe keine Möglichkeit, unmittelbar einzugreifen. Offen bleibt, ob einzelne Parteien möglichen sowjetischen Vorgaben folgten (bzw. folgend mußten) oder aus eigener Initiative handelten. Auch konnte im zeitlichen Ablauf keine Identität bestehen, er war offenbar vom Informationsstand und davon abhängig, wieweit die jeweilige Parteiführung willens war, der »internationalen Generallinie« zu folgen, und wieweit sie fähig war, sie in der Partei und Mitgliedschaft durchzusetzen.

In den Parteisäuberungen der KPD Ende der vierziger bis Mitte der fünfziger Jahre treten vier Phasen hervor:⁶ 1) Tito-Kampagne und Mitgliederkontrolle ab Herbst 1948; 2) die Zeit nach der Bundestagswahl August 1949 und der 14. Tagung des KPD-Parteivorstandes im Dezember 1949; 3) die Säuberungen seit Sommer 1950 bis zum KPD-Parteitag im März 1951, dem Höhepunkt der Säuberungen; 4) Die Zeit nach dem Parteitag 1951.

Zur Periode von 1948/49:

Systematische Parteisäuberungen der KPD begannen faktisch 1948

6 Ausführlicher vgl. zum folgenden H. Mayer: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD und der Mitwirkung der SED, hefte zur ddr-geschichte 29, Berlin 1995.

mit den Beschlüssen des Parteivorstands über die Mitgliederkontrolle vom August 1948 und zur »Tito«-Kampagne von September,⁷ obwohl es auch vorher Parteiverfahren und Ausschlüsse gab. Mit geringem zeitlichen Verzug folgte die KPD analogen Beschlüssen der SED. Die Titoismus-Kampagne ging maßgeblich von der SED aus,⁸ fiel aber in der KPD auf fruchtbaren Boden. Die KPD reagierte damit zugleich auf die Vorwürfe der SED, daß einem großen Teil der KPD ideologische Klarheit und das Bewußtsein von der Richtigkeit der Politik der Partei fehlten. Wilhelm Pieck erklärte zur Mitgliederkontrolle zwar, das Ziel sei »nicht Parteisäuberung, sondern Aktivierung«⁹, aber es erfolgten dennoch bereits mechanisch Ausschlüsse im Sinne einer Parteireinigung. Als die KPD im Mai 1949 die Mitgliederkontrolle abschloß, hatte sie trotz berücksichtigter Zugänge 64.532 Mitglieder gegenüber Juni 1948 verloren, das waren fast 23 Prozent. In dieser Parteireinigung hatten die meisten Landesverbände einen Mitgliederschwund zwischen 20 und 25 Prozent. Der stärkste Landesverband Nordrhein-Westfalen zählte nun 88.000 Mitglieder und hatte über 26.000 Mitglieder verloren.¹⁰

Funktionsenthebungen von Spitzenfunktionären, so von Karl Hauser (er war Mitglied des SED- und des KPD-Parteivorstandes), blieben die Ausnahme.¹¹ Der KPD-Vorstand warnte jedoch die Landesverbände am 24. Juni 1949 in einer nicht veröffentlichten Resolution über die innerparteiliche Lage in Hamburg: »Gegenüber den vom Klassenfeind in die Partei gesandten trotzkistischen Agenten oder sonstigen (im Gewande der Trotzki-Gruppen, KPO, SAP, Tito-Gruppen) feindlichen Nachrichten- und Zersetzung-Agenturen muß höchste Wachsamkeit entwickelt werden.«¹²

Zur Phase 1949/50:

Die SED-Führung forderte im August 1949 von der KPD, die Partei von »Agenten« zu säubern sowie eine »Überprüfung der Landesvorstände«, die »ideologische Ausrichtung« der KPD müsse »bis zu ihrer Säuberung und zu Ausschlüssen« gehen.¹³ Der KPD-Vorstand machte sich diese Position im September 1949 zu eigen. Herbert Müller und Georg Fischer mußten, als Tito-Agenten deklariert, aus den Landessekretariaten von Rheinland-Pfalz bzw. Bayern ausscheiden, ihrem Parteiausschluß kamen sie durch Austritt zuvor. Herbert Müller, der Fraktionsvorsitzender in Rheinland-Pfalz war, wurde u.a. vorgeworfen, sich offen mit Bucharin, Sinowjew, Tito und Rajk solidarisiert zu haben.¹⁴ Bis zum Jahresende 1949 erfolgten gravierende Eingriffe in alle Landesorganisationen. Die Begründungen unterschieden sich kaum. Verheerend wirkte sich die 14. Tagung des KPD-Parteivorstands im Dezember 1949 aus, vor allem die Resolution »Die ideologisch-politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus«.¹⁵ Der Vorstand beschloß des weiteren – ein Jahr nach der SED – die Bildung einer Kontrollkommission sowie eine »Überprüfung der Leitungen und des Funktionärkadens der Partei«.¹⁶ Deutlich nannte Reimann die anvisierten Ziele: »Alle Genossen aus der westlichen Emigration oder Kriegsgefangenschaft müssen überprüft werden, ob sie mit dem Apparat der imperialistischen Mächte in enger Ver-

7 Brief des Parteivorstandes der KPD an alle Leitungen der Grundeinheiten unserer Partei, Frankfurt am Main (1948); Entschließung der 6. Tagung des Parteivorstandes der KPD. Die Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die KPD (o. O. o. J.).

8 Vgl. R. Steigerwald: Anlässlich Georg Fülberths KPD/DKP-Buch, in: Marxistische Blätter, 1/1991, S. 37.

9 Bundesarchiv Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), Berlin, ZPA, NL 36/643.

10 Die Angaben sind zusammengestellt nach: »Bericht über den Abschluß der Mitgliederkontrolle – Einige Lehren und Erfahrungen« und »Zusammenfassung der Ergebnisse der Mitgliederkontrolle der KPD« (Ms.)

11 Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/2.1./256. Der Parteivorstand der KPD billigte den Beschluß des KPD-Sekretariats zum Ausschluß Hausers auf seiner Tagung am 3. Januar 1949.

12 Resolution der 12. Tagung des Parteivorstandes der KPD. Zur innerparteilichen Lage der Landesorganisation der KPD Hamburg.

13 SAPMO, ZPA, NL 36/642. Vgl. auch »Gedanken zur Einschätzung der Arbeit der Westkommission, die diese zur Vorbereitung der Wahlen getroffen und durchgeführt hat«, »Noch einige Gedanken für die Einschätzung des Wahlkampfes« und »Einschät-

zung der Bundestagswahlen in Westdeutschland am 14. August 1949«

14 Resolution der 14 PV-Tagung der KPD, in: KPD 1945 -1968. Dokumente, Neuss 1989, Bd. 1, S. 300.

15 Ebenda, S. 298 ff.

16 Als Aufgaben der neu gebildeten Parteikontrollkommission der KPD waren genannt: der »unerbitterliche Kampf gegen alle Abweichungen von der Linie der Partei«, »Ausschaltung aller feindlichen Einflüsse und Agenten aus der Partei« und »Sauberhaltung der Partei von korrupten und zersetzenden Elementen«. (Richtlinien für die Tätigkeit der Kontrollkommissionen der Partei, o. O. o. J., S. 3)

17 Schlußwort Max Reimanns, 30.12.49.

18 SAPMO, ZPA, J IV 2/3/60, 63. Vgl weiter zur SED W. Otto, a.a.O., S. 189 ff., T. Klein, .a.a.O., S. 26 ff., Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 439 f.

19 Kurt Müller hatte schon in der Weimarer Republik Spitzenpositionen in der KPD inne, war jedoch 1932 wegen seiner Verbindung zur Gruppe um Heinz Neumann abgesetzt worden. Er war in der Emigration in der Sowjetunion und wurde 1934 nach Deutschland beordert; dort von den Nazis verhaftet, war er bis 1945 im KZ Sachsenhausen. Nach 1945 stieg er nach M. Reimann zum »zweiten Mann« in der KPD-Führung auf und war Mitglied des ersten Bundestags. Nach der Rückkehr aus der sowjetischen Haft schrieb Kurt Müller 1956 einen Brief an den DDR-Ministerpräsi-

dent standen, auch die Genossen, die in den imperialistischen Ländern in ihrer Kriegsgefangenschaft auf Schulen waren. Es müssen alle Genossen überprüft werden, die in ihrem Prozeß oder im KZ schwache Punkte in ihrem Verhalten hatten. Dieses ist notwendig, weil sie besonders dem Druck der imperialistischen Geheimdienste unterliegen, die ja davon Kenntnis haben.«¹⁷ Die KPD zog damit einem ähnlichen SED-Beschluß nach, zudem hatte das SED-Politbüro beschlossen, daß zur Überprüfung die KPD-Funktionäre für drei Monate nach Berlin kommen sollten.¹⁸ Bald folgten weitere Funktionsenthebungen: Josef Schappe, der abgesetzte Chefredakteur des »Freien Volks«, wurde aus der KPD wegen Titoismus ausgeschlossen, er gehörte vor 1933 zur SAP. Abgesetzt wurde der Landesvorsitzende Nordrhein-Westfalen Hugo Paul, der stellvertretende Landesvorsitzende Saar Fritz Bäseler, in Hamburg u. a. Harry Naujoks und Walter Möller. Bekannt ist heute, daß in Ostberlin am 22. März 1950 der stellvertretende KPD-Vorsitzende Kurt Müller, der bis dahin selbst die Parteisäuberungen durchgepeitscht hatte, verhaftet wurde. Der Vorstand der KPD schloß ihn daraufhin – die Verhaftung Müllers wurde ihm nicht mitgeteilt – aus der Partei aus. Müller war u. a. fünf Monate im Gefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen.¹⁹ Zur Zeit von 1950/51: Im Juli 1950 leitete der SED-Parteitag und die Konferenz der KPD-Gastdelegierten eine neue Säuberungswelle ein, die ihren Höhepunkt vor dem KPD-Parteitag im März 1951 erreichte.²⁰ Zuvor hatte das SED-Politbüro beschlossen, daß Hermann Nuding, Hugo Ehrlich und Walter Fisch aus dem Sekretariat des KPD-Parteivorstands ausscheiden.²¹ Nuding²² wurde wegen Opportunismus abgesetzt und mußte eine »Erklärung zu den von mir gemachten Fehlern« abgeben. In ihr bezichtigte er sich u. a., Beschlüssen der SED teilweise ablehnend gegenübergestanden zu haben und die Richtigkeit von Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht bezweifelt zu haben. Als ihm Ulbricht den »guten Rat« gab, in die DDR zu kommen, hielt Nuding nicht viel von diesem Rat. Noch im Februar 1953 war geplant, eine Erklärung der KPD zu Slansky so abzufassen, daß er ausgeschlossen werden konnte. Typisch auch: Nuding verwahrte sich stets dagegen, mit »Agenten wie Müller in einen Topf geworfen zu werden«. Auf einer Vorstandstagung im Herbst 1950 pries Max Reimann den SED-Beschluß zur Noel-Field-Angelegenheit als »eine entscheidende Waffe zur Erhöhung der Wachsamkeit in unserer Partei«.²³ Die Säuberungen steuerten auf ihren Höhepunkt zu. Nach der Tagung des KPD-Vorstandes am 9. Februar 1951, die in der DDR stattfand, wurden der stellvertretende KPD-Vorsitzende Fritz Sperling und der Hamburger Landesvorsitzende Wilhelm Prinz verhaftet. Beide haben gemeinsam, daß sie, wie zuvor Kurt Müller, aktiv an den Parteisäuberungen mitgewirkt hatten, beide wurden in Hohenschönhausen stundenlang von Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit und sowjetischen Offizieren verhört. Ein sowjetischer Offizier, so Sperling, soll ihm im Mai 1951 erklärt haben: »Ihre Sache ist von ganz großen Leuten in Moskau entschieden worden«, schließlich »gestand« er, in den Verhören unerträglichen Qualen ausgesetzt, »Verbrechen begangen zu haben«.²⁴ Als er 1956 freikam, bekundete er: »Ich habe mir

damals gesagt: Wenn Du noch tausend Bedenken hast, die Partei hat doch recht...«²⁵ Auf der KPD-Vorstandssitzung im Februar 1951 wurden abgelöst: Die Sekretariatsmitglieder Rudi Singer und Erich Jungmann wegen Verbindung mit Field in der Schweizer Emigration bzw. in Mexiko, Josef Schleifstein wegen Emigration in Großbritannien. Paradox, noch am 23. Januar 1951 war Schleifstein als Mitglied einer Kommission zum Kampf gegen die Parteifeinde vorgesehen. Zehn der zwölf Landesleitungen erhielten neue Vorsitzende, zu den Abgelösten zählten u. a. Herbert Crüger, Wilfried Acker, Oskar Müller, Robert Leibbrand, Ernst Buschmann, Fritz Nickolay und der kürzlich verstorbene Wilhelm Knigge. Der (Münchener) KPD-Parteitag vom 2. bis 4. März 1951 in Weimar sanktionierte in seiner Resolution, die unter Leitung von Anton Ackermann von der SED entstand, die Absetzungen. Mit der Annahme eines neuen Statuts, in dem die KPD die Prinzipien einer Partei neuen Typs verankerte, schuf er die Grundlage für weitere Überprüfungen und Ausschlüsse. Den entscheidenden Einfluß der SED auf die Kaderpolitik der KPD belegte, daß die Zusammensetzung der Leitungen und der Sekretariate zuvor in Berlin durch die ZPKK der SED bestätigt war, zum anderen ließ Ulbricht die Kadervorschläge durch den damaligen Chef der Staatssicherheit Wilhelm Zaisser überprüfen.²⁶ Die Verantwortung der SED tritt deutlich in Erscheinung, wo bekannte Funktionäre in die DDR »abberufen« wurden und übersiedelten, oder gar verhaftet wurden. Unter ihnen, die in der DDR verhaftet und verurteilt wurden, befanden sich der ehemalige Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift »Wissen und Tat«, Alfred Drögemüller und Ewald Kaiser. Herbert Crüger wurde in der DDR sogar noch Ende der fünfziger Jahre verhaftet und in einem Geheimplatz verurteilt.²⁷ Die Mehrzahl der KPD-Funktionäre, die in die DDR übersiedeln mußten, kamen glimpflicher davon, sie verloren ihre Funktionen und erhielten einen »Karriereknick«. Genannt werden könnten Singer (später Chefredakteur des »Neuen Deutschland«), Schleifstein (zunächst wissenschaftlich in der DDR tätig, dann Politbüromitglied der illegalen KPD), Jungmann (er arbeitete im Apparat der SED) oder Leibbrand (u.a. Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus der SED). Zu 1951/52: Einer »Empfehlung« der SED-Führung folgend, sah die KPD nach ihrem Parteitag als ihre nächsten Kaderaufgaben an: ehemalige Schüler von Antifa-Schulen in der Sowjetunion verstärkt in Funktionen einzusetzen; die Überprüfung aller 1. und 2. Kreissekretäre, der Mitarbeiter der Landesleitungen und des zentralen Apparats; Überprüfung aller Emigranten, die in der Schweiz, in Frankreich und Mexiko waren, Entfernung derjenigen Funktionäre aus den Leitungen, die früher Verbindung zu den imperialistischen Besatzungsmächten hatten, zur KPO oder anderen Gruppierungen gehörten.²⁸ Es ging um eine umfassende Parteireinigung, fast parallel zur SED-Parteiüberprüfung. Von 770 überprüften 1. und 2. Kreissekretären war die Ablösung von fast einem Drittel vorgesehen. Der Mitgliederstand sank weiter, bis November 1951 auf 120.000. Im Sinne des Beschlusses des ZK der SED zum Slansky-Prozeß zog die KPD auf der 8. Parteivorstandstagung und auf ihrer Organisationskonferenz Anfang 1953 als »Lehre«, die

ten Otto Grotewohl, vgl. dazu K. Müller: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956, in: Das Parlament. Beilage Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, 9.3.1990, S. 16 ff.

20 Protokoll des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1951, Bd. 1, S. 47.

21 Vgl. SAPMO, ZPA, J IV 2/2/96.

22 Hermann Nuding gehörte ebenfalls zu den KPD-Funktionären, die bereits in der Weimarer Republik für die KPD in Funktionen waren. 1933 verhaftet, wirkte er nach seiner Entlassung in der Emigrationsleitung der KPD, war in den Interbrigaden in Spanien und in der französischen Résistance. Dem KPD-Parteivorstand gehörte Nuding seit seiner Bildung 1948 und dem Sekretariat seit Frühjahr 1949 an.

23 Im SED-Beschluß vom August 1950 waren mit Leo Bauer, Bruno Fuhrmann, Bruno Goldhammer und Erica Glaser auch ehemalige Mitarbeiter der KPD erwähnt, die nun verhaftet und verurteilt wurden.

24 Sperling, seit 1933 KPD und KJVD-Funktionär, war in französischer und Schweizer Emigration gewesen. 1947 wurde er Landesvorsitzender der KPD Bayern, 1948 nach Bildung des KPD-Parteivorstandes einer der damals fünf Sekretäre, im Mai 1950 löste er Kurt Müller als stellvertretenden Parteivorsitzenden ab. Sperling lag seit Januar 1951 in Ostberlin im Krankenhaus, wo ihm Max Reimann eröffnete, daß er nicht mehr Mitglied des KPD-Parteivor-

standes sei. Sperling unterzeichnete eine Erklärung, daß er einverstanden sei. Am 26. Februar 1951 wurde Sperling in Ostberlin festgenommen. Zu Sperling vgl. K.H. Jahnke, ...ich bin nie ein Parteifeind gewesen, Bonn 1993; H. Mayer, a.a.O., S.37 f..

25 SAPMO, ZPA, J IV 2/202/5, zit. Nach Otto, a.a.O., S. 204.

26 Vgl. z. B. SAPMO, ZPA IV 2/2/111; NL 182/900.

27 Vgl. die Autobiographie H. Crüger: Verschwiegene Zeiten, Berlin 1990, isb. S. 152 ff.

28 Vgl. SAPMO, ZPA, J IV 2/2/138, zum weiteren H. Mayer, a.a.O.

29 Von Sekretariatsmitgliedern betraf dies nur noch 1953 die Absetzung von Otto Kloock.

30 Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/1003/27.

Blindheit gegenüber ›den Feinden der Partei‹ zu überwinden und wachsam zu sein, entsprechend folgten auch Ausschlüsse, Funktionsenthebungen und Parteistrafen.²⁹ Die Neuwahlen vor dem Parteitag 1954 waren verbunden mit einem Umtausch der Parteidokumente, in dieser Zeit, von September 1953 bis März 1954, verlor die KPD nochmals 8,3 Prozent ihrer Mitglieder. Natürlich hatten Mitgliederverluste und Funktionsablösungen auch noch andere Ursachen wie Austritte bzw. Nichtbewältigung der Arbeitsaufgaben oder Krankheit. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU erfolgte in der KPD kaum oder halbherzig die Rehabilitierung von ausgeschlossenen, ihrer Funktion enthobenen oder gar in der DDR inhaftierten Mitgliedern und Funktionären. Auf der Parteivorstandssitzung im August 1956 gestand Reimann lediglich die schädliche Auswirkung des Personenkultes ein. Er gab an, das Sekretariat habe sich mit den »Fehlern aus der Periode 1950/51« befaßt, wo es »partei-getreue Genossen« gab, denen Unrecht geschehen war. Reimann führte aus, »im Ergebnis der Überprüfung zu Sperling, Singer, Jungmann seien die früheren Schlußfolgerungen gegenstandslos.« »Sie genießen das Vertrauen der Partei ... Die Genossen werden verstehen, daß wir diese Feststellung nicht im Dokument aufnehmen und auch nicht veröffentlichen.«³⁰ Die KPD-Spitze war zunächst nicht einmal bereit, dies zu veröffentlichen. Die Bilanz der Entwicklung der KPD für die Zeit der Parteisäuberung ist deutlich: Sie hatte seit 1948 in nur vier Jahren etwa 200 000 Mitglieder verloren. In dieser Zeit waren drei stellvertretende Parteivorsitzende abgesetzt, fast das gesamte Sekretariat des Parteivorstandes, die Chefredakteure des KPD-Zentralorgans »Freies Volk« und der theoretischen Zeitschrift »Wissen und Tat« abgelöst worden. Aus verschiedenen Gründen waren alle Landesvorsitzenden ausgewechselt worden. In allen Landessekretariaten der KPD sind zahlreiche, wohl die meisten Spitzenfunktionäre ausgewechselt worden. Die innerparteilichen Säuberungen in der KPD wurden durchgesetzt von den Parteikontrollkommissionen der KPD und SED, den Kaderabteilungen beider Parteien, ihren Führungszentralen sowie der für die KPD zuständigen Westkommission der SED, Einfluß nahmen auch die Staatssicherheit der DDR und offenbar auch sowjetische Instanzen. Die SED trug für die Säuberungen in der KPD eine große politische und moralische Verantwortung, wurden sie doch auf Grundlage ihrer politischen Linie, ihrer Beschlüsse und ihres Eingreifens durchgeführt. Zugleich beinhalteten die Parteisäuberungen auch einen aktiven Eigenanteil der KPD, wären – in einer in einem kapitalistischen Staat wirkenden Partei – sonst nicht möglich gewesen. Verwiesen sei noch darauf, daß die Parteisäuberungen in SED und KPD viel gemeinsames haben. Ausgenutzt, geschaffen und reproduziert wurde ein Klima des Mißtrauens und des Dogmatismus, in dem jede tatsächliche oder konstruierte Abweichung von der gültigen Linie und Politik als parteifeindlich oder parteischädigend, als titoistisch, trotzkistisch oder brandleristisch, als antikommunistisch und antisowjetisch, als sektiererisch oder opportunistisch deklariert werden konnte. Die Vorwürfe mündeten in der Beschuldigung als Verräter, Spion oder Agent. Betroffen waren von der Säuberungswelle in erster Linie

Funktionäre, die in der westlichen Emigration waren, vor allem, wenn sie Kontakt zu Noel Field hatten, die früher von der offiziellen Parteilinie abweichende Auffassungen vertreten hatten, oppositionellen Gruppen oder anderen Parteien angehört hatten. In der Regel handelte es sich bei den Beschuldigten um parteitreue Mitglieder und Funktionäre. Über die Wirkung von Verhaftungen und »Schuldgeständnissen« auf die KPD berichtete Josef Schleifstein, da sie sich in der KPD nicht vorstellen konnten, daß die Anschuldigungen bewußt konstruiert waren und ungerechte Urteile gefällt wurden, habe man alles geglaubt, was an Anschuldigungen publiziert wurde.³¹ Die Parteisäuberungen in der KPD führten faktisch zu einer Art »Selbstenthauptung« der Partei, zu sinkender Mitgliederzahl, schwindendem Masseneinfluß und fehlender Akzeptanz unter der Bevölkerung.

31 Vgl. M. Grieger u. a.: Stalins Schatten, Neuss 1989, S. 173.